

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 41

Sonntag, den 10. Oktober

1915

## Unser Verband im Jahre 1914.

Unliebsame, durch den Krieg begründete Mängel verhinderten eine frühere Herausgabe unseres Berichts für das Jahr 1914. Nun ist er aber erschienen, und wir können an die Mitglieder die Bitte richten, ihn fleißig zu lesen.

Keine Gewerkschaft gibt es, die von diesem ungeheuer furchtbaren Krieg nicht gleich hart angefaßt worden ist; manche mögen in ihrem Bestand bedroht gewesen sein, glücklicherweise aber ist wohl heute die Frage über Sein oder Nichtsein entschieden. Alle Organisationen bestehen und bemühen sich jetzt, ihre Verhältnisse nach Möglichkeit wieder zu konsolidieren. In den hart bedrängten Organisationen gehörte auch der Deutsche Tabakarbeiter-Verband. Unser Verband hat ja in ruhigen Zeiten schwer zu kämpfen gehabt, die Arbeitslosigkeit war seit der Einführung der Wertsteuer immer sehr erheblich; das lähmte die Agitation und kostete viel Geld. Außerdem mußte der Verband gerade wegen der gedrückten Lage der Tabakarbeiter viel und zum Teil schwere Kämpfe führen, so daß an die Ansammlung von Millionenvermögen zunächst nicht gedacht werden konnte. Zum Unglück hatte der Verband eben vor Kriegsbeginn noch Verpflichtungen finanzieller Art, vom westfälischen Kampf herrührend, erfüllt, die immerhin nicht gering waren; wie auch im Jahresbericht nachgesehen werden kann. So stand es mit dem Verband, als Ende Juli der Krieg ausbrach und die Arbeitslosigkeit einen nie dagewesenen hohen Grad annahm. In der zweiten Kriegswoche waren bereits 28,30 Prozent der Mitglieder ohne Beschäftigung, in der nächsten Woche 33,09, dann schafften die Bemühungen des Verbandes, die vorhandene Arbeit unter verkürzter Arbeitszeit von allen Arbeitern erlebigen zu lassen, eine allmähliche Abnahme der Zahl der Arbeitslosen, bis dann das Einsetzen der Liebesgabenföndungen und die Kriegslieferungen später eine rasche Abnahme der Arbeitslosigkeit und dann sogar eine günstige Konjunktur bewirkten.

Wir brauchen denn auch an dieser Stelle über die der Situation Rechnung tragenden Maßnahmen des Vorstandes und des Ausschusses nichts weiter zu sagen, sie sind den Mitgliedern bekannt und im übrigen finden wir die betreffenden Bekanntmachungen für alle Zeiten im Jahresbericht wieder gegeben.

War die Agitation schon vor dem Kriege wegen der langdauernden Krisis im Gewerbe nicht von besonderem Erfolg, so konnte sie in den ersten Monaten des Krieges überhaupt nicht ausgeübt werden. Rechnen wir zu dem Mangel an Neuaufnahmen den Umstand, daß der Krieg und die schreckliche Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der Herabsetzung der Leistungen des Verbandes viele Mitglieder zum Austritt bewog, so darf man sich, so schmerzlich die Tatsache auch ist, nicht über den Rückgang wundern. Wir hatten am Schlusse des Jahres 1913 in 461 Zahlstellen 31 713, davon 15 499 weibliche, Mitglieder, während es am Schlusse 1914 in 425 Zahlstellen 23 615, davon 11 139 weibliche waren, so daß ein Verlust von 8098, davon 4310 weiblichen, Mitgliedern festgestellt werden kann. Die durchschnittliche Mitgliederzahl im Jahre 1914 betrug 27 195 (davon 12 963 weiblich). Es ist zwar bedenklich, daß auch bereits vor dem Kriege ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen war, aber zum Verzweifeln liegt angesichts der ganzen Sachlage kein Grund vor, zumal die Mitglieder wissen, daß in der letzten Zeit schon wieder eine Aufwärtsbewegung eingeleitet hat. Freilich, alle Kräfte müssen jetzt erst recht für die Agitation zur Verfügung stehen. Sind doch selbst noch in den Kriegsmontaten 1914, als die Leistungen des Verbandes so stark ermäßigt waren, noch 1200 Neuaufnahmen gemacht worden.

Vor allem möchten wir die Mitglieder bitten, einmal das Kapitel von den Löhnen der deutschen Tabakarbeiter auf Seite 18 und 19 des Berichts nachzulesen. Es ist interessant, zu sehen, wie sich die Löhne in der Tabakindustrie entwickeln, und zwar nach Branchen, insbesondere aber nach Gegenden. Mit Recht darf wohl behauptet werden, daß die Zusammenstellung der Löhne einen Spiegel der Tätigkeit des Verbandes ergibt. Leider zeigen die Tabellen auch, wie hart noch gestritten werden muß um die Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter. Im Jahre 1914 konnte infolge des hereinbrechenden Krieges nicht viel für die Existenzverbesserung der Tabakarbeiter getan werden. Gerade im zweiten Halbjahr, wie der Bericht betont, ist für die Lohnkämpfe die günstigste Zeit, und gerade da war es nicht möglich, anderes als Abwehrmaßnahmen zu unternehmen. Immerhin wurden 1914 noch 90 Bewegungen in 184 Betrieben mit 9179 (davon 6784 weiblich) Beschäftigten unternommen. Die Mitglieder werden das, wenn sie die Leistungen des Verbandes im Berichtsjahre beurteilen, sehr wohl zu würdigen wissen. Erfolgreich waren 82 Bewegungen in 137 Betrieben mit 8724 Beschäftigten, erfolglos 8 Bewegungen in 17 Betrieben mit 455 Beschäftigten. Dabei muß berücksichtigt werden,

daß 6 Bewegungen in 20 Betrieben mit 436 Beschäftigten infolge des Krieges abgebrochen werden mußten und daher erfolglos blieben. Lohnerhöhungen wurden für insgesamt 1212 Arbeiter (bis 3 M pro Mille) 1272 M pro Woche erzielt. Eine Verkürzung der Arbeitszeit konnte für 1658 Arbeiter pro Woche 2720 Stunden erreicht werden. Verschlechterungen wurden bei 745 Arbeitern abgewehrt. Näheres über die Kämpfe ist im Bericht selbst nachzulesen.

Sichtlich der Tarifverträge konstatiert der Bericht eine kleine Abnahme. Es bestanden am Schlusse des Berichtsjahres 260 (gegen 269 am Ende 1913) Tarifverträge mit 879 (931) Betrieben und 5759 (6175) beschäftigten Arbeitern. Zweifellos hat auch der Krieg hier hemmend gewirkt.

Wer die Leistungen unseres Verbandes zur Verbesserung der Lage seiner Mitglieder erkennen will, der lese einmal das Kapitel „Unsere Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen von 1901 bis 1914“ auf Seite 45 und folge dem Bericht. Wir wollen nur hervorheben, daß der Verband für diese Zwecke in dem genannten Zeitraum, also in 14 Jahren, nicht weniger als 2 999 931,58 M, also rund drei Millionen, ausgegeben hat. In den 15 vorhergehenden Jahren, also von 1886 bis 1900, wurden für denselben Zweck nur 443 934 M ausgegeben. Diese Zahlen lassen uns aber auch ahnen, was wir künftig bei verschärften wirtschaftlichen Kämpfen noch werden leisten müssen. Für die Agitation dürfen gerade die Zahlengruppierungen dieses Kapitels wertvoll sein.

Daß auch die Beitragsleistung unter der ungünstigen Zeit gelitten hat, ist erklärlich. Wurden im Jahre 1913 an Verbandsbeiträgen 811 493,70 M eingenommen, so waren es im Berichtsjahre 554 077,65 M, also ein Weniger von 257 416,05 M, aber dieses Weniger kommt zum guten Teil auch auf die in Heidelberg beendete Kämpfe zurück. Bedenklicher ist schon, daß pro durchschnittliches Mitglied nur 44,14 Beiträge, gegen 47,22 im Jahre 1913, geleistet wurden. Hier ist von den Funktionären, wie von den Mitgliedern überhaupt, der Hebel zur Verbesserung unbedingt einzusetzen. Die Bilanz ist insofern ungünstig, als die Gesamteinnahme von 627 924,46 M von der Gesamtausgabe, die 627 924,46 M beträgt, überholt wird. Immerhin dürfen wir wohl vertreten, daß der Verband zurzeit zwar noch kein Kröfus ist, aber doch für den Fall einer eintretenden Krisis etwas anders dastehen als zu Beginn des Krieges.

Wir müssen sagen, daß wir gerade diesen Jahresbericht mit großem Interesse gelesen haben. Freilich, andere Berichte in anderen Jahren haben uns vielleicht mehr an Erfolgen bei verhältnismäßig weniger Opfern der Kriegszeit gelehrt, und sehen es auch in dem ersten Kriegsjahresbericht bestätigt, daß unser Verband in der deutschen Tabakarbeiterchaft seit verankert ist und daß kein Sturm stark genug ist, den Anker vom Grunde zu lösen und die Ketten zu zerreißen. Und das, meinen wir, genügt für die Tabakarbeiter, zu ihrem Verband, zu ihrem eigenen Werk, das größte Vertrauen zu haben.

## Schutzgesetze für Konsumenten.

Das ist die Forderung, die jetzt im Hinblick auf die ungeheure Preissteigerung für Lebensmittel von verschiedenen bürgerlichen Politikern gestellt wird. Sie wittern die Gefahr für das kapitalistische Wirtschaftssystem, die in der schrankenlosen Profitmacherei steckt. Besonders der Nahrungsmittelwucher während des Krieges wirkt zu anreizend, als daß sich das ausgepöberte Volk mit einigen Phrasen über Handelschwierigkeiten, Verkehrshindernisse usw. beschwichtigen ließe.

Da suchen die klügeren Köpfe, die eben das kapitalistische System verteidigen und nicht erschüttern lassen wollen, vorzubeugen, den Ausartungen einen Riegel vorzuschieben, denn nach dem Kriege wird man über die schandbare Wuchererei deutlicher reden, als es jetzt geschehen darf. Große öffentliche Kalamitäten prägen sich dem Volksgeist auf lange Zeit ein und während dieser Zeit ist er auch empfänglicher für die Darstellung der wirklichen Ursachen der schwer empfundenen Mißstände. Erkennt man aber die Wurzel des Übels, dann ist man eher bereit, sie auszureißen zu helfen. Und da das kapitalistische Wirtschaftssystem die Wurzel des Übels ist, so fürchten seine Anhänger und Verteidiger den Kampf, der dagegen geführt wird.

Als einer der klügeren unter den bürgerlichen Politikern gilt der Zentrumsjührer Julius Bacher, der mit großer Schärfe sich gegen die unerhört hohen Preise der unentbehrlichen Lebens- und Gebrauchsmittel ausspricht. Ganz ungeschminkt fordert er im „Tag“: Seit vielen Jahren ist die Schutzgesetzgebung für die Produzenten auf der Tagesord-

nung gewesen; jetzt sind die Konsumenten an der Reihe!

Das klingt herzerfrischend, besonders, weil die Forderung mit der Drohung bekräftigt wird, daß nach dem Kriege vielleicht neue Parteibildungen auftreten werden, wenn die Führer der alten Parteien nicht gegen die Auswucherung schärfer auftreten und ihren Einfluß auf die Regierung so geltend machen, daß diese der Preiskontrolle wirksam entgegentritt. Er meint, „die alten politischen Parteien, welche nicht wünschen, daß ihnen neue Mächte über den Kopf wachsen, werden heizteln dem Problem der Preisbildung, soweit die Gesetzgebung dabei mitzuwirken berufen sein kann, ihre ernste Aufmerksamkeit zuwenden müssen.“

Soweit die Gesetzgebung dabei mitzuwirken berufen ist, hat sie den Schutz der Konsumenten gegen den Lebensmittelmucher nach den Vorschlägen vorzunehmen, wie sie seit Jahr und Tag von den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei gemacht worden sind. Diese Vorschläge müßten von den bürgerlichen Parteien ernsthafter unterstützt und eventuell zu eigenen Gesetzentwürfen verdrängt werden, da die Regierung zu zaghaft an die Bekämpfung des Mißstandes herantritt.

Die Gefahr der „Kriegswucherpreise“ ist zu groß, die Volksabstimmung zu erg, als daß man sie noch länger hingehen lassen darf. Das bestätigt auch eine Auslassung der „Kölnischen Volkszeitung“, deren Leiter übrigens Dr. Julius Bacher ist, in der es über die Wucherpreise bei Fleischkonserven, bei denen das Dreifache des realen Wertes genommen worden ist, heißt:

„Das wirkt, wenn man es liest, verblüffend, und doch könnte jeder von uns täglich dieselbe Betrachtung und Berechnung über Einkäufe für seinen und anderer Leute notwendigen leiblichen Bedarf anstellen. Das ist ein Unheil und eine Schmach mit jedem Tage, das das Unwesen unserer Nation und ihrer Politik die Gifte eines sozialen Faulnis und Zerkernung im nationalen Körper mehrten darf. Es ist keine Uebertreibung, wenn man sagt, daß eine Masse vorauseilender Menschen mit Sorge auf dieses Grundübel blickt, das heute aus unserer Nahrungsmittelmarkt ein Wucherphänomen macht, dessen schwerste Folgen erst seine moralisch und sozial zerkennenden Wirkungen nach dem Kriege sein werden.“

Ganz einverstanden. Und bedenkt man, daß die arbeitenden Klassen verhältnismäßig noch schwerer betroffen werden, als besser situierte bürgerliche Kreise, dann müssen auch diese bürgerlichen Kreise die doppelte Notwendigkeit von Schutzgesetzen für die arbeitenden Klassen anerkennen. Was jene bürgerlichen Kreise jetzt während der Kriegszeit empfinden, das lastet dauernd auf den arbeitenden Klassen, nämlich das Mißverhältnis zwischen ihrem Einkommen und den Preisen der Waren, die für die Lebenshaltung der Massen erforderlich, aber vielfach unerschwinglich sind.

Schutzgesetze für Arbeiter vor der kapitalistischen Ausbeutung verfolgen denselben Zweck, wie die von Bacher geforderten Schutzgesetze der Konsumenten. Ausbeutung hier und Ausbeutung da. Nur daß die Arbeiter doppelt ausgebeutet werden: einmal als Konsumenten, zu denen sie die Mehrheit stellen, das andere mal als produzierende Kraft, denn ihre Arbeitskraft wird ausgebeutet. In Wahrheit sind die Arbeiter die eigentlichen Produzenten; die man sonst fälschlich so benennt, sind nur die Besitzer der Produktionsmittel, mit denen sie die Waren durch die Arbeiter produzieren lassen. Gegen diese Besitzer bedarf es der Schutzgesetze ebenso, wie gegen die Besitzer der Waren, die sie im Handel mit Wucherpreisen zum Verkauf bringen.

Vielleicht trägt der Krieg doch dazu bei, daß diese Zusammenhänge in weiteren Kreisen besser erkannt werden. Sollte dies der Fall sein, dann dürften die Arbeiter erwarten, daß ihre Forderung nach Schutzgesetzen besseres Verständnis findet bei denen, die dazu beitragen könnten, gute Schutzgesetze zu erwirken. Je länger eine gründliche Arbeiterchutzgesetzgebung hinausgeschoben wird, um so eher müssen „die alten, politischen Parteien“ befürchten, daß ihnen neue Mächte über den Kopf wachsen“. Was je eher, um so lieber zu wünschen ist — unsererseits natürlich. —

## Zur Arbeitsvermittlung.

In der Frage der Arbeitsvermittlung vollzieht sich während des Krieges eine Wandlung, die sicher über die engherzige Auffassung der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ hinweggehen wird. Wenn erst die Frage nach dem Kriegsende mehr auf die Nadel brennt, werden sich maßgebende Faktoren ins Mittel legen müssen, falls Unternehmerrisse hartköpfig und diktatorisch eintretenden Kalamitäten gegenüber auftreten.

Es wird des Zusammenwirkens der Arbeiterorganisationen mit allen in Frage kommenden Faktoren bedürfen, wenn die Arbeitsvermittlung wirksam sein soll. Je besser die Arbeitsvermittlung funktioniert, um so weniger



Wird die Arbeitslosigkeit öffentlicher Eingriffe bedürfen. Da heute bereits eine Anzahl Gemeinden — leider viel zu wenig — eine Arbeitslosenunterstützung eingerichtet haben, sind sie an der Arbeitsvermittlung lebhaft interessiert, d. h. je besser die Arbeitsvermittlung gelingt, um so geringere Opfer sind für die Arbeitslosigkeit aufzubringen.

Dieser Zusammenhang der beiden Einrichtungen veranlaßt auch die Gewerkschaften in einzelnen Gemeinden, besondere Maßnahmen für die Arbeitsvermittlung zu treffen, resp. Forderungen an Gemeinden und Unternehmerorganisationen zu stellen, wie es jüngst der Münchener Gewerkschaftsverein getan.

Eine Delegation des betreffenden Vereins besaßte sich am 21. September eingehend mit dem Aufschluß der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise an das städtische Arbeitsamt in München und beschloß nach umfassender Aussprache die folgenden Leitsätze:

1. Die dem Gewerkschaftsverein angeschlossenen Verbände zu ersuchen, sich bereit zu erklären, ihre bestehenden Arbeitsnachweise aufzulösen und dem städtischen Arbeitsamt München als Sacharbeitsnachweise anzugliedern. Ausgenommen hiervon sollen jene Arbeitsnachweise sein, die durch tarifliche Vereinbarung auf paritätischer Grundlage errichtet sind. Zur Erhöhung der Wirksamkeit des städtischen Arbeitsamtes verlangen wir, daß auch die Arbeitsgeber nachweise und die übrigen nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise sich dem öffentlichen Nachweis anschließen. Der Stadtmagistrat München als Träger der öffentlichen Arbeitsvermittlung wird daher ersucht, bei den Arbeitgeberverbänden, die noch eigene Arbeitsnachweise haben, als auch bei den anderen nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen wegen des Anschlusses an den öffentlichen Nachweis unverzüglich die entsprechenden Schritte zu unternehmen.

2. Weiter wird der Magistrat der Stadt München ersucht, beim städtischen Arbeitsamt für die einzelnen Gewerbe genügende Fachabteilungen zu errichten.

3. Für jede Fachabteilung ist eine besondere Kommission zu bilden, in der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in der gleichen Anzahl vertreten sind. Den Vorsitz in der Kommission führt ein unparteiischer Vorsitzender.

4. Die anzustellenden Beamten (Arbeitsvermittler) werden von der Verwaltungskommission des Arbeitsamtes gewählt. Sie müssen, soweit die Berufsabteilungen in Frage kommen, mit den Verhältnissen des Berufs vertraut sein, für den der Facharbeitsnachweis errichtet ist.

5. Die übrigen Bestimmungen des Statuts und der Geschäftsordnung des städtischen Arbeitsamtes finden sinn-gemäße Anwendung. Die Kontrolle der Arbeitslosen der Gewerkschaften übernimmt dabei das Arbeitsamt.

Mit dieser Entschliessung wurde die Frage einen Schritt weiter gefördert. Fraglich ist nur, ob die Unternehmerorganisationen das gleiche Verständnis für diese praktische Saugangriffnahme der Arbeitsvermittlung zeigen werden.

Wie sich in der Praxis die gewünschte Regelung bewähren wird, bleibt abzuwarten. Aber in willigem Zusammenwirken liegen sich leicht die eventuellen praktischen Schwierigkeiten beseitigen und Erweiterungen der Einrichtung vornehmen. Denn — wo ein Wille ist da ist auch ein Weg.

## Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

**Hamburg.** Die Firma Carl Tschow gewährte ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teuerungszulage.

**Wilmshäuser b. Hamburg.** Die Firmen Chr. Georg, J. Wulf erhöhten die bewilligte Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent des Verdienstes.

**Schiffbed.** Die Firmen Ad. Frogmann, H. Nebenroß, Carl Sud erhöhten die bewilligte Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent des Verdienstes.

**Burg b. Magdeburg.** Die Firma Gust. Wendland erhöhte die Kollerlöhne um 25 % pro Mille und die Widellsöhne um 20 % pro Mille.

**Al.-Steinheim.** Die Firma C. A. Baeker erhöhte die bewilligte Teuerungszulage in Höhe von 5 Prozent auf 10 Prozent des Verdienstes. Die Firma C. B. Sperfeld erhöhte die gemachten Lohnzulagen für Koller von 20 % auf 40 % pro Mille, und für Widelmacher von 20 % auf 30 % pro Mille.

**Gr.-Steinheim.** Die Firma J. Baeker erhöhte die bewilligte Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent und die Firma Gebr. Bernard von 5 auf 8 Prozent des Verdienstes; die Verhandlungen mit letzterer Firma sind noch nicht abgeschlossen, da die Arbeiter angezogen der Teuerung auf eine zehnprozentige Teuerungszulage rechnen. Die Firma K. B. Carpanien gewährte zu den im Mai 30 % pro Mille noch eine fünfprozentige Teuerungszulage.

Die Firma Grünberg & Sohn, die im Mai d. J. eine fünfprozentige Teuerungszulage gewährte, erhöhte nunmehr noch dazu die Löhne um 30 bis 80 % pro Mille.

**Widen.** Die Firma Meyersberg & Sohn erhöhte die Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent des Verdienstes.

**Schiffbed.** Die Firma Meyersberg & Sohn erhöhte die bewilligte Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent des Verdienstes.

**Al.-Teichheim.** Die Firma Meyersberg & Sohn erhöhte die bewilligte Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent des Verdienstes.

**Wida.** Die Firma Gust. Wagnier erhöhte die Löhne um 50 % pro Mille.

**Dresden u. Umg.** Die Firma A. Weber (Zarfbetrieb) erhöhte die Löhne um 50 % pro Mille. Die Firma W. Leischner (Kiebergerbüh) erhöhte die Löhne um 30 % bis 150 % pro Mille und die Löhne der Abschruppen um 4 % pro Pfund. Bei Anerkennung eines Kinnallöhnes von 9,70 A pro Mille inklusive gelieferter entpflanzter und erigierter Leide und fertiger Einlage wurde mit letzterer Firma zugleich ein Tarif abgeschlossen.

**Jahrom.** Die Firma E. Simon erhöhte die Löhne um 25 und 50 % pro Mille.

## Erhöhung der Zigarrenpreise.

Mehrfach schon haben wir an dieser Stelle über Preis-erhöhungen von Zigarren und andern Tabakfabrikaten berichtet können. Von einem einheitlichen Handeln auch in bezug auf etwa sich nötig machende Preissteigerungen ist beifamlich weder bei Fabrikanten noch bei Händlern die Rede; nur im Klageüberbringen bemerkt man eine gewisse Uebereinstimmung. Neuerdings scheinen sich die Händler in einigen Städten zu einer gemeinsamen und gleichmäßigen Erhöhung der Zigarrenpreise zu entschließen. So lesen wir im „Berliner Tageblatt“:

Auch den Rauchern steht in aller nächster Zeit eine unwillkommene Ueberrastung bevor. Infolge der außerordentlichen Preissteigerung der Rohmaterialien, sowie aller Nebenartikel werden, wie wir hören, die Berliner Zigarrenhändler in den nächsten Tagen die Preise für Zigarren um etwa 10 Prozent erhöhen müssen. Eine Preissteigerung der Rohmaterialien hat schon vor längerer Zeit stattgefunden, doch war sie noch nicht so übermäßig, daß eine Erhöhung bei den einzelnen Zigarren vorgenommen werden konnte. In letzter Zeit haben jedoch die Preise für Tabak, Holz für Zigarrenstämme und Arbeitslöhne eine weitere empfindliche Steigerung erfahren, so daß eine Erhöhung der Zigarrenpreise nicht mehr zu umgehen ist.

Auch sollen die Bremer Zigarrenhändler, wie wir hören, entschlossen sein, von jetzt ab für Zigarren einen Aufschlag von 10 Prozent zu fordern. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Bremen des Verbandes deutscher Zigarrenladeninhaber schreibt zu der Frage:

„Seit Kriegsausbruch haben sich die Preise für Lebensmittel, Verbrauchsgüter, Kleingüter, Genussmittel usw. bedeutend erhöht und ist ein weiteres Steigen derselben täglich zu erwarten.“

Wertwürdigerweise sind aber die Kleinverkaufspreise für Tabakfabrikate bisher nicht geändert, trotzdem sämtliche Rohmaterialien teurer geworden und die Arbeitslöhne gestiegen sind; auch wurden seitens der Fabrikanten die Preise für Zigarren und Tabake bedeutend erhöht.“

In verschiedenen Orten wurde vom Kleinhandel versucht, die sogenannten Abrundungen, wie solche in den Ladengeschäften bisher geübt wurden, abzuschaffen, zum Teil mit Erfolg.

Die Abschaffung der Abrundungen bieten aber selbst dort, wo damit ein voller Erfolg erzielt wurde, keine hinreichende neue Einnahmequelle für den Verkauf, der den Ladengeschäften durch die Verteuerung der Zigarren usw. entstanden ist. Im letzteren weit zu machen und die zeitliche schlechte Lage des Zigarrenhandels etwas zu verbessern, haben eine ganze Anzahl Bremer Zigarrenladeninhaber beschlossen, ab 1. Oktober 1915 10 vom Hundert Aufschlag an der Kundschaft zu nehmen.

Der Verein der Zigarrenladeninhaber Bremens richtete aus diesem Grunde ein Rundschreiben an seine Mitglieder, welches u. a. folgendes enthält:

Eine größere Anzahl von Zigarrenladen-Geschäften wird vom 1. Oktober ab einen allgemeinen Preisaufschlag von 10 Prozent machen; die Grundpreise, also 6, 7, 8, 3 usw. bleiben bestehen, es erfolgt ein Aufschlag von 10 Prozent auf jedes einzelne Geschäft, z. B. 10 Stück 5 S-Zigarren 50 S und Aufschlag 5 S, muß der Käufer 55 S zahlen, 10 Stück 10 S-Zigarren 1 A, Aufschlag 10 S gleich 1 A 10 S usw.

Durch die allgemeine Verteuerung sämtlicher Rohmaterialien, Erhöhung der Arbeitslöhne, Preisaufschläge seitens der Fabrikanten auf Tabakfabrikate ist auch ein Preisaufschlag im Kleinverkauf notwendig, und empfehlen wir daher unseren Mitgliedern, den Aufschlag von 10 Prozent ab 1. Oktober 1915 ebenfalls zu berechnen.

Damit können zugleich die Abrundungen fortfallen, erscheint Ihnen das aber bei Ihrer Kundschaft nicht angängig, läßt sich eine Abrundung mit dem Aufschlag sehr gut verbinden, z. B. 7 Stück 6 S-Zigarren gleich 42 S, Aufschlag 4 S gleich 46 S, zu zahlen 45 S, das scheidet die Kundschaft vielleicht mit dem Aufschlag schneller aus.

Ich möchte dies hierdurch allen nichtbremischen Kollegen zur Kenntnis bringen und zur Nachahmung empfehlen. Die Lage ist eben im Zigarrenhandel durch die überall stattgefundenen Verteuerung sämtlicher, selbst der unbedeutendsten Artikel, und vor allem durch die Aufschaltung des Handels von den Herstellungsleistungen in eine solche Lage geraten, daß eine Erhöhung der Kleinverkaufspreise stattfinden muß, denn nur dadurch kann ein Ausgleich zu den früheren Verhältnissen stattfinden.

Hoffentlich fällt meine Anregung auf fruchtbaren Boden und verhilft der Branche wieder zum gewohnten normalen Verdienst.“

Wahrscheinlich wird man allmählich überall zu einer Preissteigerung der Zigarren kommen. Daß eine Verteuerung in der Herstellung eingetreten ist, kann heute auch wohl von Konsumenten nicht mehr bezweifelt werden, aber ein Aufschlag von 10 Prozent ist keine Kleinigkeit und will seine zureichende Begründung haben. Nun sind wohl alle zur Zigarrenfabrikation benötigten Rohmaterialien im Preise gestiegen, so daß sich auch die Fabrikanten fast allgemein genötigt gesehen haben, höhere Engrospreise zu fordern; wenn aber in der Begründung dieser Preissteigerungen immer die Erhöhung der Arbeitslöhne angeführt wird, müssen wir doch, den Tatsachen entsprechend, ein nicht so kleines Fragezeichen machen. Zunächst einmal: Wie viele Betriebe haben denn bis jetzt ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine Lohn- bzw. Teuerungszulage gewährt? Nach den Angaben der Tabakherstellerschaft gibt es rund 5400 Zigarrenfabriken. Sollten davon wohl zweitausend oder dreitausend die Arbeitslöhne seit Beginn des Krieges erhöht haben? Wir glauben es nicht und können es nach den Meldungen der Verbände erst recht nicht glauben, wenn wir auch zugeben, daß ein Teil der Zulagen nicht an die Vorstände mitgeteilt wird. Und dabei lehrt die Erfahrung, daß vielfach kleinere und ganz kleine Firmen eher als große zur Lohn- bzw. Teuerungszulage geneigt sind. Und so geht es jetzt auch, so daß also auch der Zahl der beschäftigten Arbeiter nach der größte Teil keine Lohn-erhöhungen bzw. Teuerungszulagen in dieser Zeit erhält. Demnach muß man sagen, daß also in den allermeisten Fällen die Begründung, wenn sie sich auf gesteigerte Arbeitslöhne bezieht, ungerechtfertigt ist. Sie ist aber auch noch insofern ungerechtfertigt, als die von diesem kleineren Teil der Betriebe bewilligten Lohn- bzw. Teuerungszulagen das Neben nicht wert sind. 10, 20, 25, selbst 50 % für das Tausend mehr, was ist denn das? Oder 2, 3 oder auch 5 Prozent Teuerungszulage, machen die etwa den Kohl fett? Das heißt: Kann und will man damit in Verbindung mit den erhöhten Rohmaterialpreisen eine Preissteigerung von 10 Prozent begründen? Nur einige wenige Firmen haben eine nennenswerte Lohn- bzw. Teuerungszulage an ihre Arbeiter und Arbeiterinnen gewährt. Die meisten Fabrikanten haben sich aber bis jetzt überhaupt gedrückt, namentlich in jenen Gegenden, wo die Organisation fehlt. Aber die Waren dieser Firmen segeln auch unter der Signierung: Erhöhte Arbeitslöhne! Schmunzelnd wird der Preisaufschlag, den die gutgläubigen Konsumenten und vielerlei auch Händler in der Meinung zahlen, daß die armen Tabakarbeiter ein Stück Brot mehr essen können, eingehoben.

## Zur Tabaksteuerfrage.

Das Organ des Deutschen Tabakvereins, „Das deutsche Tabakgewerbe“, schreibt:

„Der Deutsche Tabakverein hat in seiner erweiterten Ausschusssitzung am 2. Juli beschlossen, einen Vertrauens-Ausschuss zu bilden, um die Stellungnahme des Vereins zu der Frage, ob, inwiefern und wie der Tabak eine weitere Mehrbelastung tragen könne, vorzubereiten. Dieser Ausschuss hat wächtig im Tabakgewerbe Billigung gefunden; aber, aus Rücksicht an uns zu schließen, gibt es doch einige wenige, die meinen, der Deutsche Tabakverein sei päpstlicher als der Papst; man möge doch erst einmal abwarten, ob, inwiefern und wie neue Reichsteuern erforderlich wären.“

Die Bibel berichtet den Einfältigen im Gemüte das Himmelreich; unsere „Einfältigen im Gemüte“ erhoffen mehr, sie erwarten, daß der Tabak in dem Augenblicke, da das deutsche Volk eine gewaltige Mehrsteuerlast auf sich nehmen müssen, und hoffentlich aus der durch den Krieg geborenen Umwandlung des politischen Denkens heraus auch freiwillig auf sich nehmen wird, leer ausgehen könne. Schon einmal befand das Tabakgewerbe sich in ähnlicher Lage, als 1908 eine Vermehrung der Reichseinnahmen um eine halbe Milliarde vom Reichstag bewilligt werden sollte. Auch damals gab es Angehörige des Tabakgewerbes, die der Meinung waren, der Tabak könne und werde dabei verschont bleiben. Daß er die ihm zugemutete Mehrbelastung ohne schwere Erschütterung des Erwerbsszweiges nicht tragen könne, darüber herrschte auch damals nur eine Ansicht, aber die Mehrheit seiner Vertretung glaubte, daß es nicht möglich sein werde, vollständig heil um die gefährliche Ecke herumzukommen, und daß es deshalb richtiger sei, der Reichsregierung und dem Reichstag den wenigstens bedeutenden Weg für die Fahrt anzugeben. Der Uneinigkeit im Tabakgewerbe war es damals zu nichtschreiben, daß dieser Weg nicht gewählt wurde, und das Ende war nicht nur Mehrbelastung, sondern auch eine unerwünschte Form dafür.

Heute liegen die Dinge ähnlich und doch anders. Damals wurde die Entscheidung zu unsern Ungunsten, wenigstens was die Form der Tabakmehrsteuer anbelangt, nach parteipolitischen Gesichtspunkten herbeigeführt; damals war ursprünglich auch nur eine Vermehrung der Reichseinnahmen um 300 Millionen in Aussicht genommen, allerdings sind es schließlich 500 Millionen geworden. Heute kommt ein viel höherer Betrag in Frage. Nach dem hoffentlich baldigen und große Hoffnungen erfüllenden Friedensschlusse muß auch das Reich alsbald an eine Neuordnung seines durch die Kriegsschuldverhältnisse in mancherlei Wirrwirr geratenen Haushaltes herantreten, und da steht es vor der Forderung für die Erfüllung neuer großer Finanzverpflichtungen die erforderlichen Mittel bereitzustellen, für eine baldige Abdeckung der Kriegsschulden Sorge zu tragen und auch auf die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Kriegsrüstung bedacht zu sein, insbesondere aber auch die kriegsbeschädigten heimgekehrten Soldaten und die Hinterbliebenen berer, die für das Vaterland ihr Leben hergeben mußten, ausreichten zu bedenken. Daß zur Erfüllung aller dieser unerlässlichen Pflichten ein Mehrfaches des 1908 in Frage kommenden Betrages kaum ausreichen wird, liegt für jeden Einfall, jen auf der Hand.

Ob und inwiefern man dem Reich für dieses erforderliche Mehr an Einnahmen unmittelbare Steuerquellen wird erschließen können, das eingehend zu erwägen, wird und muß die ernsteste Aufgabe aller Deutschen sein. Bei dem Mehrbedarf, der sich mit gleich zwingender Notwendigkeit auch für die Einzelstaaten und für die Gemeinden oder gemeindlichen Verbände ergeben wird, bleibt aber für unmittelbare Reichsteuern kein großer Raum. Eine Vermehrung und Neuerschließung mittelbarer Reichseinnahmen wird deshalb unerlässlich sein, und damit haben wir die gleiche Lage der Dinge wie 1908, nur daß es sich um ganz erheblich höhere Beträge, voraussichtlich um mehr als das Doppelte, handeln wird. Wer da noch hofft, daß der Tabak dabei verschont bleiben könne, der hat den Kopf im Sand wie der Vogel Strauß und meint, die Gefahr sei nicht da, weil er sie nicht sieht. Zu allem Überflus sind der berufenen Vertretung des Tabakgewerbes von maßgebender Stelle nicht mißverständliche Winke gegeben worden, und da mit Sicherheit erwartet werden kann, daß diesmal die Entscheidung nicht nach parteipolitischen, sondern nach sachlichen Gründen getroffen werden, so wäre es ein törichtes Handeln, wenn der Deutsche Tabakverein „einfältig im Gemüte“ genug wäre, um der zuständigen Stelle auf die Bitte um eine sachliche Beratung eine ablehnende Antwort zu geben. Sicherlich würde er damit nicht in das Himmelreich der Tabaksteuerfreiheit kommen!

Wir zweifeln ja längst nicht mehr, daß es zu einer ins Große gehende Belastung des Tabaks kommen wird, obgleich wir ja bei der letzten Besteuerung gedacht haben, daß es höher hinauf nimmer gehe. Es ist ganz selbstverständlich, daß die deutschen Tabakarbeiter rechtzeitig zu der ungeheuer wichtigen Frage Stellung nehmen werden. Für die Tabakarbeiter wird es ganz wesentlich auf die Form ankommen; sie haben genug gelitten, als daß sie noch Verlangen nach Besteuerungsmethoden, die sie weiter im wirtschaftlichen Kampf behindern und völlig zu Boden drücken würden.

Also der „berufenen Vertretung“ des Tabakgewerbes sind von „maßgebender Stelle“ nicht mißverständliche Winke gegeben worden! Zum Tabakgewerbe gehören auch die 170 000 und mehr Tabakarbeiter, deren Existenz bei dieser neuen Steuerfrage sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Den Vertretungen der Tabakarbeiter sind aber bisher von maßgebender Stelle keine unmißverständliche Winke gegeben worden. Soll die Tabakarbeiterschaft in aller Stille vor fertige Tatsachen gestellt werden? Vor Tatsachen, auf deren Gestaltung Unternehmer und Händler einwirken konnten, die Arbeiter aber nicht? Und das in dieser Zeit? Sind denn die Tabakarbeiter tragalleben auch jetzt und künftig nur eine Sache im Gewerbe, die man des Profits wegen gebraucht? Es wird denn doch wohl nötig sein, bei erster Gelegenheit an maßgebender Stelle anzutragen, ob und welche nicht „mißverständliche Winke“ der „berufenen Vertretung des Tabakgewerbes“ gegeben worden sind.

Bemerkenswert ist auch die Äußerung des Blattes, daß die letzte Tabaksteuer ihre Erledigung nach parteipolitischen Gründen gefunden hat. Ein sonderbares Kompliment für unsere Gesetzgebung. Wir legen vorläufig zu den Akten, möchten aber zum Ausdruck bringen, daß zu einer sachlichen Entscheidung die sachliche Beratung der Unternehmer alleine nicht genügt. Die Unternehmer vertreten nur einen kleinen Teil der im Gewerbe tätigen Personen, allerdings die zahlungsfähigsten, jenseits des Geldbetrags wohnen aber auch noch Menschen, und zwar über 170 000, die auch stark interessiert sind.

## Cabak als Bannware?

Das holländische Blatt „Der Telegraf“ teilt mit, daß bei der englischen Regierung die Absicht bestehe, Cabak demnächst als Bannware zu erklären und dementsprechend zu behandeln.

Wenn auch bisher schon die Einfuhr nord- und südamerikanischer Tabake nach Deutschland gehemmt war, so würde die Erklärung des Tabaks als Bannware auch die übrige Einfuhr wesentlich erschweren. Die englische Me-



gerung glaubt am Ende, daß die deutschen Truppen weniger siegen werden, wenn sie im Tabakgenuß etwas knapper gehalten werden könnten. Darin werden sie sich wohl täuschen. Im Ernst gesprochen, will man natürlich, falls die Absicht besteht und zur Tat werden sollte, das deutsche Wirtschaftsleben weiter schädigen. Aber dieser Zweck dürfte auf die Kriegslage kaum von wesentlichem Einfluß sein. Die deutschen Tabakarbeiter würden allerdings darunter zu leiden haben. Einkommen aber dürfen wir die Meldung des „Telegraf“ wohl als ein leeres Gerücht ansehen.

### Zur Petroleumfrage.

Nunmehr hat auch der Regierungspräsident zu Lüneburg unserer Hamburger Gauleitung eine Antwort auf die Eingabe betr. Beschaffung von Petroleum für die Hausarbeiter der Tabakindustrie erteilt. Die Antwort lautet: „Auf Ihre Eingabe vom 18. v. M. erwidere ich Ihnen, daß die Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe eine beschränkte Menge Petroleum für die Heimarbeiter zur Verfügung gestellt haben, welches seitens der Kommunalverbände zur Verteilung gebracht werden wird.“

### Leistungszulagen in der Untermainingegend.

Da die Leistungszulagen in der Untermainingegend sehr verschieden ausgefallen sind und sich zwischen 3 und 12 Prozent bewegten, wurde von den Mitgliedern unseres und des christlichen Verbandes gemeinsam eine Eingabe an jene Firmen gerichtet, welche weniger als 10 Prozent bewilligt hatten. Diese Eingaben haben nun einige Erfolge gehabt (Siehe: Bewilligte Lohn- und Leistungszulagen in der Tabakindustrie an anderer Stelle dieses Blattes!) und es ist zu hoffen, daß die übrigen mit Eingaben bedachten Firmen folgen werden. Mehrere Firmen haben die Zulagen von 5 auf 10 Prozent erhöht.

### Die hamburgische Zigarrenindustrie.

Dem „Hamburger Fernbotenblatt“ wird aus Fachkreisen folgendes über die Lage der Zigarrenindustrie geschrieben: „Die Lage der hamburgischen Zigarrenindustrie hat sich nach der ersten Hälfte des Krieges ganz wesentlich, und zwar nach der ungünstigen Seite hin, geändert. Nach der plötzlichen starken Steigerung nach Ausbruch des Krieges im Monat August v. J. begann im September eine Zeit flotten Geschäftsganges, die es den Fabrikanten ermöglichte, ihre großen Bestände, die sie schon vor dem Kriege flauen Geschäftsganges auf den Lagern angehäuft hatten, schnell zu räumen. Die Vorräte kamen ihnen zu nützen, bei den großen Anforderungen, die die Zentrale für Heereslieferungen in Wien stellte, in deren Händen die Befestigung der deutschen Truppen mit Tabakfabrikaten liegt. Dazu kamen damals zunächst noch starke Bestellungen des regulären Detailhandels. Die Bestellungen der Zentrale laufen fort, eber der Bedarf des Handels ist sehr zurückgegangen, da dessen regelmäßige Kundschafft zum größten Teile im Felde steht und die Verwendung von Liebesgaben an Tabakfabrikaten, die bei den Händlern gekauft werden, aus verschiedenen Gründen sehr nachgelassen hat. Trotdem ist die Zigarrenindustrie in Hamburg wie in ganz Deutschland voll beschäftigt. Wenn trotzdem die Produktionsmenge der Zigarrenindustrie erheblich geringer ist als im Frieden, so ist dies begründet durch den Mangel an Arbeitskräften, der sich bei den einzelnen Fabriken in verschiedener Stärke bemerkbar macht. Einzelne Fabriken, die stark weibliche Arbeitskräfte schon von jeher beschäftigten, geben ihre Produktion nur mit 10 Prozent an andere haben eine größere Produktionsabnahme infolge der Einberufungen der Arbeiter zu verzeichnen. Dieser Umstand aber bedrückt die Industrie weniger als die erheblichen Preissteigerungen, die alle zur Fabrikation benötigten Materialien aufweisen. Die Preissteigerungen sind besonders hoch für Rohtabak, für die teilweise Preise gezahlt werden müssen, die man nicht mehr als Viehhändlerpreise bezeichnen kann, sondern die man als Wucherpreise bezeichnen möchte. Die im Jahre 1909 eingeführte ungleiche Wertsteuer für Rohtabak verschärft die Preissteigerung für Rohtabak noch besonders. Auch die niedrige Bewertung des deutschen Geldes in Holland trägt zu diesem Umstand ein Teil mit bei. Die kleinere und mittlere Industrie treffen diese Verhältnisse am stärksten, während die kapitalstärkere Großindustrie sich noch eher helfen kann, weil sie noch über größere Lager von Tabak zu alten Preisen verfügt. Zu dieser Verteuerung des Rohtabaks kommen noch die Verteuerung der Rüststoffe, die teilweise gar nicht mehr zu haben sind, der weiteren, allerdings weniger ins Gewicht fallenden Materialien sowie die Steigerung der Arbeitslöhne. Die notwendige Folge dieser Verteuerung der Produktion war, daß die Fabrikanten zu einer Erhöhung der Einfuhrzölle für den Handel schreiten mußten, die bei den einzelnen Sorten verschieden ist; am stärksten bei den billigen Sorten, weil die Preissteigerung der billigen Tabake verhältnismäßig am höchsten ist, geringer bei den teuren Sorten, bei einzelnen Sorten konnte eine Verteuerung unterbleiben. Die Fabrikanten haben sich bei der Erhöhung der Preise durchweg auf das Notwendigste beschränkt, weil sie wußten, daß der Handel zurzeit kaum in der Lage ist, diese Verteuerung auf die Konsumenten abzuwälzen. Zur Einführung neuer Sorten, deren Preislage der Verteuerung der Produktion von vornherein angepaßt wäre, geben aber die augenblicklichen Verhältnisse nicht die Möglichkeit. Es erscheint übrigens nicht ausgeschlossen, daß bei den voraussichtlich noch weiter steigenden Rohstoffpreisen die Industrie später nachgedungen nochmals zu einer Erhöhung der Einfuhrzölle für den Handel schreiten muß. Die Erhöhung der Preise führte natürlich zu Schwierigkeiten bei der Händlerchaft. Der durch die Heereslieferung bedingte Mangel an Ware für den freien Handel war aber der Bundesgenosse der Industrie bei der Überwindung dieser Schwierigkeit. Die von der gesamten deutschen Zigarrenindustrie beschlossene Verkürzung des Fieles von 6 auf 4 Monate mit je einem Prozent Skonto pro Monat früherer Zahlung hat für das Platzgeschäft in Hamburg ja weniger Bedeutung, wohl aber wird sie von den Fabrikanten für den Absatz nach dem Inland begrüßt, weil dort die Zahlungsweise eine zu laste geworden war infolge der scharfen Konkurrenz vor dem Kriege, und dort oft genug das sechsmonatige Ziel nicht einmal eingehalten wurde. Auch von dem neuen eben gegründeten Gaubürger-Schutzverband, der der schwindelhaftesten Kreditnahme entgegengetreten soll, verspricht man sich eine Gesundung des Geschäfts.“

### Feldpostbrief.

Der 1. Bevollmächtigte der Zahlstelle Scherzabed, der sich zurzeit als Verurteilter in einem Lazarett befindet, sendet seinen Kollegen folgenden Brief:  
Liebe Kollegen!  
Um wieder einmal ein Lebenszeichen von mir zu geben, teile ich zunächst mit, daß ich mit großem Dank die von Euch mir überwiesenen Zigaretten erhalten habe. Es macht mir große Freude, daß Ihr immer an mich denkt; denn gerade das Rauchen ist das Beste, was man als Soldat haben kann. Besonders im Lazarett kann man viel los werden. Wenn man den ganzen Tag im Hofe spaziert, so kommt Ihr Euch wohl lebhaft denken, daß man vor Langeweile nichts anderes tut, als den Himmelstengel ins Gesicht stecken. Mit dem Gelde sieht es hier auch schlecht aus. Ja, man kann sogar Soldat sein und sich

Zunächst muß ich Euch noch gratulieren zu dem schönen Erfolg bei Eurer Hausagitation. Es freut mich, ab und zu etwas von der Bewegung zu hören. Hoffentlich steht Ihr noch alle fest zur Fahne. Gerade jetzt ist es für die Tabakarbeiter doppelte Pflicht, ein machjames Auge zu haben auf die Dinge, die da kommen werden. Nebenfalls werden wir nach dem Kriege vor manche schwere Aufgabe gestellt werden. Dann heißt es, der Sache gewachsen zu sein. Und dieses kann nur die geschlossene Organisation bewirken. Deshalb, Kollegen, laßt keine Gelegenheiten vorbeigehen, wo Ihr es nicht versuchen werdet, alle uns noch Fernstehenden zu bewegen, unserer Kampforganisation beizutreten. Die Hauptfache ist auch, daß Ihr für guten Besuch der Versammlungen sorgt. (Folgen einige private Mitteilungen.)

Ich wünsche Euch noch einen schönen Erfolg zu Eurer weiteren Agitation!  
Euch alle herzlich gegrüßt von Euren Th. Th.  
Anmerkung der Redaktion: Die Scherzabeder Kollegen teilen uns mit, daß auch sie die Sendung von Liebesgaben an ihre eingezogenen Kollegen organisiert haben, und zwar ähnlich wie es in Bremen ist. Die Empfänger haben in zahlreichen Briefen und Karten ihre Freude darüber ausgedrückt.

### Der unzureichende Mutterchutz der Krankenkassen

Für den Mutterchutz sind den Krankenkassen durch die Reichsversicherungsordnung, dem Gesetz, das ihnen Rechte und Pflichten vorschreibt, bestimmte und ziemlich enge Grenzen gezogen. Danach kann Unterstützung an Wöchnerinnen nur gezahlt werden, wenn diese in dem der Entbindung vorangegangenen Jahre mindestens 28 Wochen hindurch einer Krankenkasse angehört haben. Die Unterstützung wird auf die Höchstdauer von 8 Wochen gewährt und beträgt pro Woche so viel, wie das Krankengeld ausmacht, das dem betreffenden Mitgliede während der Krankheit zufließt. Darüber hinaus können die Krankenkassen bei Schwangerschaftsbeschwerden auf die Dauer von 6 Wochen Unterstützung gewähren, die Kosten für Hebammenhilfe und ärztlichen Beistand bei der Entbindung übernehmen und den Wöchnerinnen, die ihr Kind selbst stillen, bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Entbindung ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes zahlen.

Das ist zusammen nicht viel. In der Regel besteht der Mutterchutz der Krankenkassen aber nur in der Gewährung der gesetzlichen Mindestleistungen, also in der Gewährung des Wochengeldes auf die Dauer von acht Wochen. Nur wenige Kassen geben außerdem Unterstützung bei Schwangerschaftsbeschwerden, Beihilfe zu den Entbindungskosten und Stillgeld. Ob diese Unterstützungen gewährt werden, hängt von den Bestimmungen der Kassensatzungen ab, die von den gewählten Vertretern der Kassemitglieder und der Arbeitgeber beschlossen werden. Dagegen gehört das Wochengeld zu den Regelleistungen der Krankenkassen und muß allen weiblichen Mitgliedern im Falle der Entbindung zukommen, wenn sie die im Gesetz vorgeschriebene Zeit einer Krankenkasse angehört haben. Weil aber eine längere Mitgliedschaft erst den Anspruch auf Wochengeld gibt, bleiben naturgemäß eine Anzahl weiblicher Mitglieder von dem Recht darauf ausgeschlossen. Viele Kassemitglieder wissen auch nicht, daß sie sich bei freiwilliger Mitgliedschaft bei der Kasse melden und sich ihre Ansprüche an diese erhalten können. Auch dadurch geht manchen Frauen Anspruch auf die Wochenhilfe durch die Krankenkassen verloren.

Über auch für die Fälle, wo sie gewährt wird, ist sie unzureichend. Das Krankengeld, nach dem die Höhe des Wochengeldes bestimmt wird, richtet sich nach dem Beträgen, die wieder dem Verdienst entsprechend festgesetzt werden. Da nun Frauen ganz allgemein niedrigen Verdienst haben, müssen sie sich auch in der Mehrzahl mit niedrigem Krankengeld begnügen. Nach dem Bericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin über das Jahr 1914 gehörten von 252 703 weiblichen Mitgliedern 211 733, also über vier Fünftel der gesamten weiblichen Kassemitglieder, den vier niedrigsten Lohnklassen an. Mehr als die Hälfte ist überall. Der im Einzelfalle durch die Krankenkasse gewährte Mutterchutz muß also gering sein. Er kommt außerdem, wie bereits erwähnt, in dem gesetzlich zulässigen Höchstsumme nur vereinzelt zur Auszahlung und ist durch die vorgeschriebene Mitgliedsdauer nur einer beschränkten Anzahl weiblicher Kassemitglieder zugänglich.

Infolgedessen machen die Ausgaben für Wochenhilfe nur einen geringen Teil der gesamten Aufwendungen der Krankenkassen aus. Sie betragen 1913 (für eine spätere Zeit liegen diese Angaben noch nicht vor) 7 578 774 M. Insgesamt verausgabten die Krankenkassen aber über nahezu 516 Millionen Mark. Die Ausgaben für Wochenhilfe betrug also nur einen ganz geringen Teil davon, nicht einmal ganz 1,5 Prozent. Im Vergleich zu den Gesamtausgaben für Krankheitskosten, die über 390 Millionen Mark ausmachten, betrug die Ausgabe für Wochenhilfe nicht ganz 2 Prozent.

Bei einem Vergleich der Leistungen der einzelnen Kassentypen zeigt sich, daß im Verhältnis zu den gesamten Krankheitskosten für Wochenhilfe am meisten aufgewendet wird von den Ortskrankenkassen. Hier beträgt der prozentuale Anteil der Wochenhilfe 2,9, bei den Betriebskrankenkassen dagegen nur 1,6 und bei der Gemeindekrankenversicherung gar nur 0,02. Es ist dies Resultat die Folge des Einflusses der Kassemitglieder auf die Kassensatzungen, der in den Ortskrankenkassen am größten ist. Kein formell ist er der gleiche in den Betriebskrankenkassen. Praktisch kommt er dort aber nicht in demselben Maße zur Geltung, weil die Vertreter der Mitglieder von Betriebskrankenkassen im größeren Abhängigkeitsverhältnis zu den Vertretern der Arbeitgeber im Krankenkassenvorstand stehen, als dies in den Ortskrankenkassen der Fall ist. In der Gemeindekrankenversicherung haben die Kassemitglieder gar keinen Einfluß. Diese Kassentypen existiert seit dem 1. Januar 1914 nicht mehr. An ihre Stelle sind aber die Landkrankenkassen getreten, die eine Anteilnahme der Mitglieder an der Verwaltung ebenfalls nicht kennen und in bezug auf Wochenhilfe die Leistungen niedriger festsetzen dürfen, als dies bei anderen Krankenkassen der Fall ist.

In der Verwaltung aller Krankenkassen, mit Ausnahme der Landkrankenkassen, können nur alle Klassen-

mitglieder über 21 Jahre teilnehmen, also auch die Frauen. Sie haben hier sogar volles Wahlrecht. Die weiblichen Kassemitglieder können daher die Vertreter der Mitglieder in den Ausschuss und Vorstand der Krankenkasse wählen und sich selbst in diese Körperchaften hineinwählen lassen. Da von ihrer Zusammensetzung es abhängt, ob die Kasse nur die gesetzlich festgelegten Regelleistungen den Mitgliedern gewährt oder ob sie darüber hinaus bis zu der Grenze in ihren Leistungen gehen, die das Gesetz als Höchstleistungen zuläßt, so liegt es sehr im Interesse aller Kassemitglieder, daß die Vertreter zum Ausschuss und Vorstand sorgfältig ausgewählt werden.

Zu den Mehrleistungen gehört auch der Mutterchutz, sobald er sich nicht nur auf Gewährung von Wochengeld beschränkt. Der Gesundheitszustand in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung läßt es aber als dringend wünschenswert erscheinen, daß die Krankenkassen bei der Wochenhilfe ihren Mitgliedern nicht nur die gesetzlichen Regelleistungen zukommen lassen. Vor dem Kriege stellten diese nämlich mit ganz wenigen Ausnahmen den einzigen Mutterchutz dar, den wir in Deutschland hatten.

Während der Kriegszeit ist nun durch die Reichswochenhilfe ein besserer Mutterchutz geschaffen worden, sowohl durch höhere Aufwendungen für den Einzelfall, als auch dadurch, daß der Kreis der zum Anspruch berechtigten Personen vergrößert worden ist. Die Reichswochenhilfe gewährt in jedem Falle 25 M Entbindungskosten und für die Dauer von 8 Wochen (die Woche mit sieben Tagen berechnet) der Wöchnerin pro Tag 1 M und wenn sie ihr Neugeborenes selbst stillt, außerdem pro Tag 50 S während der Dauer von 12 Wochen nach der Entbindung. Für ärztliche Beihilfe oder solche durch eine Hebamme bei Schwangerschaftsbeschwerden wird ein Betrag bis zu 10 M vergütet. Anspruch auf diese Leistungen haben seit dem 23. April d. J. alle Kriegerfrauen, die Kriegsunterstützung beziehen, und auch ledige Mütter, wenn der Vater des Kindes Kriegsteilnehmer ist und das Kind anerkennt. Außerdem werden allen weiblichen Kassemitgliedern, die Anspruch auf die Wochenhilfe der Krankenkasse haben, auch wenn sie nicht Kriegerfrauen sind, die in der Reichswochenhilfe enthaltenen höheren Leistungen gewährt, also 25 M Entbindungskosten und das Stillgeld. An Stelle des Wochengeldes in Höhe von 1 M pro Tag tritt aber in solchen Fällen das Wochengeld der Kasse.

Die Reichswochenhilfe des Reiches ist eine Einrichtung, die wert ist, über die Kriegszeit hinaus zu erhalten zu bleiben. Schon in Rücksicht auf die vielen Verluste an Menschenleben durch den Krieg, die es wünschenswert machen, daß die Lücken nach und nach durch gesunden Nachwuchs ergänzt werden. Das kann nur erreicht werden durch ausreichenden Schutz der Mutter während der Schwangerschaft und während und nach der Entbindung. An diesem aber mangelte es bisher noch sehr. Die Wochenhilfe der Krankenkassen bildet solchen Schutz nur zu einem ganz geringen Teil. Um aber selbst diesen in dem zulässigen Umfange den Kassemitgliedern zu sichern, ist die Mitwirkung der Kassemitglieder an der Verwaltung der Kassen dringend notwendig.

Auch die weiblichen Kassemitglieder sind dazu imstande, weil auch sie in den Krankenkassen volles Wahlrecht haben, daß sie ausnützen sollten. Sie können dadurch u. a. dafür sorgen, daß den weiblichen Kassemitgliedern der Mutterchutz gewährt wird, den das Gesetz erlaubt. Darüber hinaus muß aber versucht werden, nach dem Kriege für die gesamte minderbemittelte weibliche Bevölkerung einen besseren Mutterchutz zu schaffen. Auch hierbei können die arbeitenden Frauen Mithelfer sein, indem sie den Einfluß der Arbeiterchaft auf die Verwaltung des Reiches und die Gemeinden durch ihren Beitritt zu den Arbeiterorganisationen stärken.

### Verbandsteil.

#### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6044.  
Bürozeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.  
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an B. Niederwiesand, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto bei der Bankabteilung der Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.  
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Kienbold, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Für den Anschlag bestimmte Zuschriften sind an Emil Götter, Altona-Dittensen, Friedensallee 46, I, zu adressieren.

**Eckstein**  
Zigaretten  
Einzig in Qualität  
Truffrei  
AM-ECKSTEIN & SÖHNE. DRESDEN



**Gauleiteradresse.**  
 Der Herr: Gauleiter Robert Henckel wohnt nunmehr  
 Berlin-Pankow, Hübenseest. 11.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbands-  
 Beiträge, L. = Anzeigen, S. = Zurückgezahlt):  
 25. September: Schwert B. 90, Rönneburg B. 80,  
 Nordhausen B. 500, Berlin B. 400, 26. Jastrow B. 100,  
 Bernburg B. 150, Langwedel B. 50, Nieschütz B. 10,  
 27. Jamburg B. 60, Witzburg B. 150, Diersheim B. 100,  
 Frankenlein B. 55,50, Gartha B. 200, Halbau B. 30, 1. 10.  
 70. Neufals B. 80, Schmölln B. 200, Schwedt a. O. B. 150,  
 Priebe B. 25, 28. Wennighäusen B. 30, 3. 21. Achim B.  
 150, Rauhof B. 90, Tressfurt B. 200, Finsterwalde B.  
 200, Schönlanke B. 100, Döbeln B. 250, Neilingen B.  
 60, Jahnau i. Schl. B. 40, 29. Dresden B. 200, Minden B.  
 200, Südhemmern B. 50, Burgdamm B. 150, Elbing B.  
 60, Groß-Neheim B. 25, Hünningen B. 45, Langenbiefau B.  
 75, Neulohheim B. 90, Waldheim B. 184,80; 3. 15,40, Oera  
 B. 100, 30. Emmigloh B. 100, Neuruppin B. 80, Groß-  
 Rhäden B. 100, Klein-Rosenburg B. 200, Drantenbaum B.  
 100, Wegelad B. 80, Wernigerode B. 75, Höchst a. M. B.  
 30, Wegalt B. 30, 1. Oktober: Brandenburg B. 50,  
 Bremen, den 4. Oktober 1915. W. Nieder-Welfand.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten!  
 Durch das Postfachamt haben mir die Mitteilung erhalten,  
 daß vom 1. Oktober 1915 ab nur noch Zahlkarten benutzt werden,  
 welche einen Vordruck für die Angabe des Abfinders haben.  
 Wir machen darauf aufmerksam, daß die Zahlkarten mit  
 diesem Vordruck bereits an die Zahlstellen versandt sind.  
 Falls noch alte Zahlkarten vorhanden, welche diesen Vordruck  
 nicht enthalten, sind dieselben zu vernichten, da diese nicht mehr  
 verwandt werden dürfen.  
 Bremen. Der Vorstand.

Abrechnungen für das 3. Quartal gingen in der Zeit vom  
 28. 9. bis 5. 10. ein aus dem:

1. Gau, Hamburg: Langwedel, Bremen, Bredstedt, Achim; 2. Gau  
 Hannover: Burg b. Magdeb., Cöthen, Wobben, Goslar, Seesen,  
 Calbe a. d. S., Hannover, Moringen, Nieserleben, Braunschweig;  
 3. Gau, Nordhausen: Tressfurt, Nieschütz, Weitzenhagen; 4. Gau, Fer-  
 jard: Brate i. Rippe, Soest, Dersch, Lemgo, Verlinghausen, Hahlen,  
 Wennighäusen; 5. Gau, Frankfurt a. M.: Vorich, Seligenstadt,  
 Klein-Rosenburg, Klein-Neheim, Würzburg, Mählsheim, Höchst a.  
 Main; 6. Gau, Heidelberg: König, Pfungstadt, Hohenheim; 8. Gau,  
 Karlsruhe: Brud.; 9. Gau, Erfurt: Salungen, Breilungen, Halle a.  
 d. S., Pölla; 10. Gau, Dresden: Lunzenau, Freiberg, Döbeln,  
 Gartha, Neugersdorf, Waldheim, Schöned, Hünningen, Mählsberg,  
 Kohnen, Großenhain; 11. Gau, Breslau: Priebe, Schweidnitz,  
 Breslau; 12. Gau, Berlin: Spremberg, Trebbin, Brandenburg,  
 Potsdam, Preuß.-Stargard.

**Adressen-Veränderungen.**

Trebbin (12): 1. Bev. Hans Kofmann, Berlinerstr. 14; 2. Bev. W.  
 Bejeler, Lindenstr. 12.  
 Soest (4): 2. Bev. Stefan Wagner, Hammerweg 41.  
 Frankenlein (11): 2. Bev. Karl Siegmund, Seminarstr. 8.  
 Mählsberg i. M. (12): 1. Bev. Karl Hellmann, Poststr. 59.  
 Obernachfeld (Sachsen-Mein.) (9): 1. Bev. Gina Wirtwein, bei  
 Zimmerstr. Hölzer; 2. Bev. Marie Diekmann.  
 Salungen (9): Alle Zuschriften sind nunmehr an Dito Pfund,  
 Kloster Menden 75, zu richten.  
 Neuenkirchen (4): Alle Zuschriften sind nunmehr an Carl Otte, bei  
 S. Hellmann, zu richten.

**Arbeitsmarkt.**

**Stellenangebote.**  
 Ein Sortierer, Mustermacher, für sofort. Nachauftrag: Gar-  
 arbeitsnachweis, Franz Schnell, Frankfurt a. M., West 13, Stein-  
 meßstraße 6a.  
 Einige tüchtige Sortierer bei guter Arbeit, sofort. Nach-  
 auftrag: Bezirksarbeitsnachweis, Max Bernhardt, Dresden-Pilschen,  
 Beaunischweigerstr. 8, III.  
 Tüchtige Sortierer bei gutem Lohn nach Jastrow. Nachau-  
 fragen: Gauarbeitsnachweis, Wilh. Boerger, Berlin E. 54, Dra-  
 gonestr. 6a, II.

**Kollegen, agitiert für den Verband!**

**Gestorben:**  
 Gestorben am 1. September in Rußland der Zigarrenarbeiter  
 Aloisius Eich aus J a r r o w (Bahlstelle J a r r o w).  
 Gestorben am 20. September in Rußland der Zigarrenarbeiter  
 Hans Behrend aus Hamburg, 27 Jahre alt (Bahlstelle  
 Schiffbed).  
 Am 26. September starb zu Werden die Wickelmacherin  
 Sophie Fahrberg, geb. Busch, aus Stedebergen,  
 63 Jahre alt.  
 Ehre ihrem Andenken!

**Direkter  
 Tragant-  
 Import**  
 daher stets  
**preiswerte Angebote**  
 Bemusterte Offerte sofort  
 gratis und franko  
 Ferner empfehle:  
 Ca. 3000 gebrauchte, sehr gut erhaltene  
**Wickelformen**  
 in den versch. modernen Fassons von  
 1.- Mk. bis 1.50 Mk. per Stück.  
 Engros Import Export  
**W. Hermann  
 Müller**  
 Berlin O 27  
 Magasinstraße 14

**Achtung! Rohtabak!**  
**Hengfoss & Maak**  
 Altona-Ottensen  
 Filiale: Berlin N,  
 Brunnenstrasse 25.

**Leon Weil, Speyer**  
 Rohtabake, gegr. 1852  
 Altbewährte Bezugsquelle für alle  
 in- u. ausländ. Tabaksorten zu  
 billigsten Marktpreisen. Zwei-  
 mal tägl. Postversand (Nachn.).  
 Spezialofferte: Javadeck,  
 Spada, M 230 p. 1/2 Ko. verz.  
 sehr ergiebige 2. Vollbl., vorzügl.  
 in Brand u. Geschmack. Sumatra-  
 deck: P. v. d. A., M 250,  
 schneew. Brand, 3 Vollbl., all-  
 gemein beliebtes, sehr vorteil-  
 haftes Deckmaterial.

**Jacob Hirsch jr.**  
 Mannheim B 1, 9. [10  
 Alle Sorten in- u. ausländi-  
 scher Tabake zu billigsten  
 Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wert-  
 steuer. Post-Versand per Nach-  
 nahme. Ziel nach Ueberkunft.

Dem Zigarrenarbeiter August  
 Schöpke, jurist. im Felde. Zu  
 seinem am 9. Oktober stattfindenden  
**Geburtstage** senden wir die  
 herzlichst. Glückwünsche  
**Deine Frau und Kinder.**  
**Belesene Tabak-Arbeiter**  
 bilden ein ganz vorzügliches  
 Agitationsmittel, aus diesem  
 Grunde gebe man sie stets  
 an amorganierte Kollegen  
 weiter.  
 Briefkasten. Nummer 70 4

**L. Cohn & Co.**  
 Berlin N, Brunnenstrasse 24  
 Gegründet 1870 **Rohtabake** Gegründet 1870  
 Grösste und älteste Spezialfabrik für voll-  
 ständige Einrichtungen für Zigarrenfabriken  
 Soeben erschien:  
**Unser Modellbogen 208  
 über gebrauchte Formen**  
 Zusendung sofort kostenlos  
 Deutschlands grösstes Zigarrenwickelformen-  
 lager. Jede Form sofort in neu und gebraucht am Lager  
 Unsere Liste 24 enthält sämtliche Einrichtungsgegenstände  
 für Zigarrenfabriken

**Carl Roland, Berlin SO**  
 Kottbusserstrasse 4  
 Zur Herstellung von 1000 Stück  
 feiner, schneeweiß brennender  
 Zigarren offeriere ich:  
 1 1/2 Pfd. Sumatra-Vollbl.  
 à 8.20 = 4.80 Mk.  
 3. Länge, hell u. reinfarbig  
 4 Pfd. Java-Umbli, Vollbl.,  
 flatter Brand, à 1.70 = 6.80 „  
 7 Pfd. Rüter, 1913er Ware  
 à 1.10 = 7.70 „  
 19.80 Mk.  
 ab 3% Skonto 0.60 „  
 18.70 Mk.

**Hermeking & Boy**  
 Berlin N., Brunnenstrasse 183  
 bieten als ganz be-  
 sonders billig an: **Sumatra-Decken**  
 Vollblatt, helle, schöne Farben, sehr grosse Deckkraft, 3te  
 Länge 225 1/2.  
 2. Länge Vollblatt, feine helle Farben, große  
 Deckkraft, vorzüglicher Brand, nur 300 1/2, hell  
 mattfarbig 350 1/2, 550 1/2, hell Sandblatt 550 1/2, hell  
 feinfarbig, edel 550 1/2. **Vorstenlanden-Decken**, Vollbl.,  
 225 u. 300 1/2. Java-Umbli à 180, 190, 200 1/2. Java-Einl.  
 m. Umbli. à 150, 165 1/2. Carmen, Blatt, à 185 1/2, extra fina.  
 Brasil, St. Felix à 190, 200, 225 1/2.  
 Preise per 1/2 kg verzollt mit 3% Vergütung.  
 Versand unter Nachnahme.

**Drucksachen** liefert schnell und billigst  
**S. S. Schmalefeld & Co.**  
 Bremen.

**Neue, direkte Einkäufe geschlossener Partien:**  
 Folgende geschlossene Partien kaufte ich direkt in den Einschreibungen  
 vom 17. 9. d. J.: **283 Pn. Sumatra Amsterdam Deli Cie/Th**  
 vom 20. 9. d. J.: **140 „ Vorstenlanden B/Djiwo**  
 vom 20. 9. d. J.: **371 „ Vorstenlanden D/Prapak**  
 vom 29. 9. d. J.: **319 „ Bezoeki DB/LTD**  
**1113 Packen**  
 Aus diesen Partien offeriere ich vorzügliche **UMBLÄTTER**  
 und **EINLAGEN** zu günstigen Preisen.  
**Heinrich Franck, Berlin N 54**  
 Rohtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Wickelformen in allen Fassons.  
 Besondere Lieferungen: G. Riendorff, Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, C. Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. S. Schmalefeld & Co., sämtlich in Bremen.